

Wochenspiegel

12. – 18. September 2020

Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

Bei einem Gipfeltreffen der europäischen Mittelmeer-Anrainer auf Korsika zur Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates am 24. September betonte Staatspräsident Emmanuel Macron, dass die Haltung Ankaras gegenüber der EU „untragbar“ sei. Das NATO-Land Türkei sei „kein Partner mehr in der Region“. Im Streit um Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer bietet Frankreich Griechenland und Zypern derzeit mit zwei Kampfschiffen massive Schützenhilfe. Obwohl seitens der Türkei „rote Linien überschritten worden sind“, plädierte Macron für eine Fortführung des Dialogs mit der Türkei.

Die griechische Regierung hat den Kauf von 18 französischen Dassault Rafale Mehrzweckkampfflugzeugen bestätigt. Griechenland wird mit dem Kauf der Rafale-Flugzeuge der erste europäische Kunde von Dassault Aviation. Haupthandelspartner waren bisher Ägypten, Indien und Katar. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis betonte, dass der Kauf die langjährigen strategischen Beziehungen zwischen Griechenland und Frankreich unterstreiche.

Innenminister Gérald Darmanin hat den umfassenden Einsatz von Körperkameras durch die französische Polizei angekündigt. Staatspräsident Emmanuel Macron hatte bei seiner Rede zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli eine solche Ausstattung in Aussicht gestellt, um das Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung wiederherzustellen. Die derzeit genutzten Körperkameras haben eine Batteriekapazität von zwei bis vier Stunden, wobei Polizeipatrouillen auf acht Stunden angelegt sind. Leistungsstärkere Kameras sollen nun bis Juli 2021 angeschafft werden.

Bei Protesten der Gelbwestenbewegung am 12. September kam es in Paris erneut zu Ausschreitungen. Es handelte sich um die erste Versammlung seit dem Lockdown. Nach Angaben des französischen Innenministeriums versammelten sich frankreichweit 6000 Demonstranten, in Paris sollen trotz des Versammlungsverbots 2500 Personen auf die Straße gegangen sein. Die Teilnehmerzahlen blieben deutlich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Infolge der gewalttamen Ausschreitungen zwischen den Sicherheitskräften und Demonstranten kam es in der französischen Hauptstadt zu rund 300 Festnahmen.

Bei einer Pressekonferenz am 11. September hat Premierminister Jean Castex für regionale Ansätze bei der Bekämpfung der Covid19-Krise in Frankreich plädiert. Insbesondere die Lage in den Städten Marseille und Bordeaux sowie im Überseegebiet Guadeloupe sei „besorgniserregend“, so Castex. Für Marseille gilt seit dieser Woche ein Verkaufsverbot für Alkohol nach 20 Uhr. In Bordeaux darf nicht mehr an der Theke konsumiert werden; Zusammenkünfte von mehr als 10 Personen in Parks oder am Garonne-Ufer sind verboten. Das deutsche Robert-Koch-Institut hat neben dem Großraum Paris und weiten Teilen der französischen Mittelmeerküste inzwischen auch die Region Haut-de-France an der Grenze zu Belgien als Risikozone eingestuft. Für Ausreisende nach Deutschland gelten verschärzte Quarantäne- und Testregeln. Am 16. September verzeichnete Frankreich rund 10.000 Neuansteckungen.

In Bordeaux wurde vom frischgewählten grünen Bürgermeister eine Debatte über Weihnachtsbäume losgetreten. Bürgermeister Pierre Humic ließ in einem Gespräch verlauten, dass er die Plätze der Stadt dieses Jahr nicht mit „toten Bäumen“ schmücken lassen wolle. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFOP sprechen sich 76% der Franzosen gegen ein Weihnachtsbaumverbot aus. Innerhalb der Partei „Europe Ecologie – Les Verts“ sind nur 45% der Parteianhänger mit dem Vorschlag Humics einverstanden.

Oppositionsparteien aus dem linken Lager fordern eine Parlamentsdebatte über den Ausbau des 5G-Netzes. Staatspräsident Emmanuel Macron hatte die Debatte über das Mobilfunknetz in Anspielung auf die nordamerikanische Glaubensgemeinde als „amische“ Engstirnigkeit bezeichnet. Linke und grüne Politiker verweisen auf den hohen Energieverbrauch, der durch die 5G-Netze entsteht, sowie die möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit. Auch sei die Nutzung seltener Metalle kritisch zu sehen. In vielen ländlichen Regionen Frankreichs können Mobilfunkanbieter derzeit noch kein 4G-Netz zur Verfügung stellen.

Jeder Franzose hat im vergangenen Jahr 3102€ für die eigene Gesundheitsversorgung ausgegeben. 78,2% dieses Betrags wurden jeweils von der französischen Krankenkasse zurückgezahlt. Die Gesundheitsausgaben sind somit im Vergleich zum Vorjahr um 2,1% angestiegen und stellen 8,6% des BIP dar. Die Zusatzversicherungen der Franzosen tragen derzeit 13,4% der Kosten. Durchschnittlich zahlt jeder Franzose pro Jahr 213€ aus der eigenen Tasche, um sich gesundheitlich versorgen zu lassen.



DIE ZAHL DER WOCHE

225 MILLIONEN €

Das französische Arbeitsministerium hat bekanntgegeben, dass im Rahmen der Überprüfung der staatlichen Unterstützung von Kurzarbeit, eine zentrale Maßnahme des französischen Covid-Notfallplans, Betrugsfälle in Höhe von 225 Millionen Euro aufgedeckt werden konnten. Bisher konnten 270 000 Fälle erneut überprüft werden. 4000 Unternehmen mussten erhaltene staatliche Leistungen bereits zurückzahlen; 442 Strafverfahren wurden eingeleitet. In Betrugsfällen drohen zwei Jahre Haft sowie Strafzahlungen in Höhe von 30.000 Euro. Das in der Corona-Krise ausgeweitete Kurzarbeitergeld wurde in Frankreich bis Juni 2021 verlängert.